



CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
Wismarsche Straße 173 · 19053 Schwerin

DbfK Nordost e.V.
Alt-Moabit 91
10559 Berlin

Christlich Demokratische Union
Mecklenburg-Vorpommern
Wismarsche Straße 173
19053 Schwerin

Telefon 0385 59004-0
Telefax 0385 59004-29
E-Mail: post@cdu-mv.de
www.cdu-mv.de

 /CDU.Mecklenburg.Vorpommern
 @cdu_mv

Schwerin, 15.06.2021

Landtagswahl 2021

Wahlprüfsteine des DbfK Nordost e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, Stellung zu den Wahlprüfsteinen des DbfK Nordost e.V. beziehen zu dürfen. Im Folgenden möchte ich Ihnen vorbehaltlich der Beschlussfassung des Wahlprogramms, die Positionen des CDU-Landesverbandes M-V zu den einzelnen Themenfeldern und Fragestellungen übermitteln:

I. Strukturen

- *Welche Pläne haben Sie hinsichtlich der Stärkung des ÖGD?*

Dem Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) ist insbesondere durch die Kontaktverfolgung während der Corona-Pandemie eine besondere Bedeutung zugekommen. Der Bund und die Länder haben sich daher im vergangenen September auf den „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ verständigt. In diesem Rahmen stellt der Bund den Ländern insgesamt vier Milliarden Euro für zusätzliches Personal, den Ausbau der Digitalisierung und die Modernisierung der Strukturen bereit. Begleitend dazu wird ein Beirat dem Bund und den Ländern im Herbst 2021 Empfehlungen für die Stärkung des ÖGD vorlegen. Diese Empfehlungen werden bei der Umsetzung in Mecklenburg-Vorpommern ebenso eine Rolle spielen, wie die bereits getroffenen Vereinbarungen.

- *Wie stellen Sie sich die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum vor? Stichworte: Pflegegeleitete Gesundheitszentren, ambulante Versorgung stärken durch bessere Bezahlung, Abbau der bürokratischen Hürden*

In einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern steht diese Frage besonders im Fokus. Das Landarztgesetz soll ein Bestandteil dabei sein, die medizinische und gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen. Wir werden die Quoten für Landeskinder im Landarztgesetz auf einer rechtssicheren Basis weiter anheben und die Kapazitäten an den

medizinischen Fakultäten des Landes erhöhen. Darüber hinaus hat sich auch die Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in M-V“ mit dieser Thematik beschäftigt. In dieser hat sich die CDU dafür eingesetzt, dass die Einrichtung von Integrierten Gesundheitszentren in die Empfehlungen aufgenommen wird. Diese bündeln und vernetzen verschiedene stationäre und ambulante Angebote.

Im Bereich der Pflege könnte u.a. die Einbindung der Kurzzeitpflege ein Bestandteil sein. Die Durchführung eines Modellprojektes scheint in diesem Zusammenhang ein geeigneter Ansatz sein.

II. Digitalisierung

- *Welche Maßnahmen planen Sie hinsichtlich einer stärkeren Einbeziehung der digitalen Möglichkeiten bei der gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum? Stichworte: ePA, Telemedizin, Schulungen von Pflegefachpersonen*

Auch im Bereich der Digitalisierung und Telemedizin hat die angesprochene Enquete-Kommission interessante Ansätze geliefert, wie z.B. die Einrichtung eines telemedizinischen Zentrums, die Einbindung der Apotheken sowie die telemedizinische Anbindung von Rettungsdiensten, MVZ und Integrierten Gesundheitszentren. Mit dem Projekt „LandRettung“ gibt es im Landkreis Vorpommern-Greifswald einen innovativen Ansatz, das ebenfalls Aspekte der Telemedizin einbindet. Wir werden uns für eine Ausweitung auf das gesamte Bundesland, insbesondere in weiteren dünn besiedelten Regionen, einsetzen.

III. Bildung

- *Haben Sie Maßnahmen zur Stärkung der primärqualifizierenden Pflegestudiengänge geplant? Wenn ja, welche? Stichworte: Finanzierung analog zum Hebammenstudium, Refinanzierung der Praxisanleitung, bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen zur Errichtung eines tragfähigen Mittelbaus bzw. Skill Labs*

Das Land Mecklenburg-Vorpommern stellt jährlich Mittel für die Pflegestudiengänge an der Hochschule Neubrandenburg und an der Universität in Greifswald bereit. Dazu gehört u.a. auch die Einrichtung eines Skills Lab an der Hochschule Neubrandenburg. Die abgeschlossenen Zielvereinbarungen gelten bis zum Jahr 2025. Mit dem Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ stehen zusätzliche Mittel bereit. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern wird auch zukünftig Maßnahmen unterstützen, die die zu einer Verbesserung der Ausbildungsqualitäten und -kapazitäten im Bereich Pflege beitragen. Dabei spielt auch die berufliche Bildung eine zentrale Rolle.

IV. Fachkräftemangel

- *Welche Maßnahmen planen Sie, um einen Aufwuchs an Pflegefachpersonal zu fördern? Stichworte: Einstiegsgrundgehalt von mindestens 4.000 Euro brutto für alle Pflegesettings – Gehaltssteigerungen bei steigender Qualifikation und Verantwortung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Karriereplanung unter Einbeziehung neuer Berufsfelder*

Der Bedarf an Pflegefachpersonal wird zukünftig vor dem Hintergrund des demographischen Wandels weiter ansteigen. Gerade für Mecklenburg-Vorpommern mit einem im

bundesweiten Vergleich hohen Altersdurchschnitt der Bürger ist die Bedeutung einer intakten Pflegestruktur von besonderer Bedeutung. Ausreichend und gut ausgebildetes Pflegefachpersonal zur Verfügung zu haben, ist dabei eine zentrale Herausforderung. Hierbei spielt auch die Attraktivität des Berufsbildes eine entscheidende Rolle. Eine breit angelegte Werbekampagne kann hierbei einen Ansatzpunkt darstellen. Mit der beabsichtigten Pflegereform des Bundes sind weitere Maßnahmen verknüpft, die wir unterstützen. Die komplette Schulgeldfreiheit für nichtakademische Gesundheitsberufe ist ein weiterer Aspekt.

- *Wie sieht Ihre Vorstellung von der Zukunft der Pflege aus? Stichworte: Vorbehaltsaufgaben, neue Berufsfelder für eigenständig handelnde Pflegefachpersonen wie z. B. Community Health Nurses*

In Zukunft sollen Menschen auch weiterhin entscheiden können, welche Pflegeangebote sie nutzen möchten. Pflege soll zudem bezahlbar bleiben und die Abhängigkeit von Sozialhilfe nach einem langen Berufsleben vermieden werden. Darüber hinaus müssen Lösungen entwickelt werden, wie Pflege im ländlichen Raum gewährleistet werden kann. Die Verknüpfung und Vernetzung von vorhandenen Angeboten und Kapazitäten kann ein Aspekt sein. Auch in der Pflege bietet die Digitalisierung neue Lösungsansätze, z.B. durch digitale Assistenzsysteme.

V. Krankenhäuser

- *Wie stellen Sie sich die klinische Versorgung der Zukunft im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern vor? Stichworte: Erreichbarkeit, Spezialisierungen, Fallpauschalen, pflegegeleitete Diagnostik*

Die CDU M-V spricht sich für den Erhalt aller Krankenhausstandorte im Land als elementarer Bestandteil der regionalen Gesundheitsversorgung aus. Wir betrachten die medizinische Versorgung vor allem im ländlichen Raum nicht nur aus betriebswirtschaftlicher Perspektive, sondern erkennen insbesondere bei kleinen Häusern eine wichtige soziale Funktion. Darüber hinaus geht es um die Entwicklung neuer Konzepte, wie z.B. die Entwicklung von den bereits zuvor genannten Integrierten Gesundheitszentren. Gerade kleineren Krankenhausstandorten kann dabei eine zentrale Rolle zukommen.

- *Welche strukturellen Umwandlungen halten Sie für nötig, um bedarfsgerechte Pflege zu ermöglichen? Stichwort: Wirtschaftlichkeit vs. menschenwürdige Pflege*

Pflege muss auch zukünftig bezahlbar bleiben. Mit der beabsichtigten Pflegereform sollen Pflegebedürftige künftig stufenweise finanziell entlastet werden. Die Beteiligung der Bundesländer an den Investitionskostenanteilen kann ein weiterer Aspekt sein, zu einer Senkung der Eigenanteile der Pflegebedürftigen beizutragen. Mit dem bundeseinheitlichen Personalschlüssel ist zudem vorgesehen, mit mehr Personal die Pflegezeit und –qualität zu verbessern.

Auf der anderen Seite ist der Fokus auf die Gegenfinanzierung zu richten. Für uns als CDU spielt die Generationengerechtigkeit eine wichtige Rolle. Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und im Ergebnis mehr Pflegebedürftigen dürfen die Belastungen für die jüngeren Generationen nicht ins Unermessliche steigen.

VI. Selbstverwaltung/Kammer

- *Wie stehen Sie zur Kammerbewegung? Welche Schritte werden Sie unternehmen, um den Pflegenden die Selbstverwaltung zu ermöglichen?*

Gemäß Koalitionsvereinbarung wurde die Prüfung über die Einrichtung einer Pflegekammer in Mecklenburg-Vorpommern in dieser Wahlperiode vereinbart. Dazu sollten zunächst, die Erfahrungen anderer Bundesländer, wie z.B. Schleswig-Holstein oder Niedersachsen, langfristig berücksichtigt werden. Die nun vollzogenen bzw. angekündigten Auflösungen der beiden Landespflegekammern sowie deren Ursachen gilt es zu begutachten und in die weiteren Überlegungen mit einzubeziehen. Grundlage für den weiteren Entscheidungsprozess wäre in jedem Fall der Wunsch der Mehrzahl der Angehörigen der Pflegeberufe nach der Einrichtung einer Pflegekammer in Mecklenburg-Vorpommern, der unserer Kenntnis nach jedoch aktuell nicht besteht. Eine Entscheidung ohne die Einbindung der Betroffenen kann grundsätzlich nicht sinnvoll sein.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Waldmüller
Generalsekretär